

Annahme-Bureau: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. J. Alrici & Co.)

Posener Zeitung

Annahme-Bureau: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Hoff;

Sechshundsechzigster Jahrgang.

Nr. 60.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. - Bestellungen nehmen alle Postämter des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 5. Februar (Erscheint täglich zwei Mal.)

Einzelne 2 Sgr. Die sechsgehaltene Seite oder deren Raum, dreigehaltene 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Denkschrift des gesammten katholischen Episkopats im Königreich Preußen,

dem königlichen Staatsministerium von den Erzbischöfen von Köln und Posen zugleich im Namen und Auftrag aller übrigen Bischöfe des Landes vorgelegt am 30. Januar 1873.

Vor einigen Tagen hat das königliche Ministerium dem Landtage Würfe zu Gesetzen vorgelegt, welche in das innere Leben der katholischen Kirche und in ihre Rechtsverhältnisse auf das Tiefste eingreifen, und der Landtag ist aufgefordert, diesen Entwürfen möglichst bald seine Zustimmung zu erteilen.

Abgesehen davon, daß nach natürlichem und positivem Rechte und nach unvordenklicher Uebung in deutschen Ländern die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche nur durch beiderseitiges Uebereinkommen rechtmäßig und für beide Theile erprießlich geordnet werden können, hätten die preussischen Bischöfe zum Mindesten erwarten müssen, daß ihnen Gelegenheit geboten würde, über so wichtige, die katholische Kirche betreffende Gesetzentwürfe sich auszusprechen und die katholischen Grundsätze geltend zu machen.

Wir erlauben uns, über einige Punkte folgende Bemerkungen beizufügen, die aber bei der gebotenen Eile den Gegenstand keineswegs erschöpfen, weshalb wir uns weitere Rechtsausführungen und Begründungen vorbehalten.

Nach der katholischen Glaubenslehre, die wir Katholiken als auf göttlicher Offenbarung beruhende unbedingt für wahr halten und glauben, und so gewiß zu glauben berechtigt sind, als unsere Gewissensfreiheit nicht angezweifelt werden darf;

Nach dem natürlichen Rechte, der Natur der Dinge und den Gesetzen der Vernunft;

Nach dem historischen und wohlverworbenen Rechte der katholischen Kirche in Deutschland und der katholischen Landeskirche der Monarchie, welche nicht rechtslos, sondern mit dem durch feierliches Königswort gewährleisteten Rechte des vollen und ungeschmälerten Fortbestandes ihrer Religion und Kirche dem Königtum Preußen einverleibt wurden;

Nach den in dem Apostolischen Stuhle und der Krone Preußen resp. den andern betreffenden Landesherren getroffenen Vereinbarungen und den darauf beruhenden Cirkumskriptions-Bullen;

Endlich nach dem Rechte der katholischen Kirche wie den andern großen christlichen Konfessionen gewährleistenden Bestimmungen der preussischen Verfassung;

Besitzt die katholische Kirche in Preußen das unantastbare und unveräußerliche Recht, in der ganzen Integrität ihrer Glaubens- und Sittenlehre, ihrer Verfassung und Disziplin zu bestehen und ihre Angelegenheiten durch ihre rechtmäßigen Organe zu ordnen und zu verwalten.

Das allererste und allerwesentlichste Recht eines jeden kath. Bischofs und eines jeden Katholiken ist aber das Recht, eben der Einen kath. Kirche, deren Oberhaupt der Papst ist, als Glied anzugehören, und daher mit dem Papste, der nach kath. Glaubenslehre kraft göttlicher Einsetzung das Fundament und der oberste Hirt der ganzen kath. Kirche und aller Theile derselben ist, in der Einheit des Glaubens und ungetheiltem Lebensverbände zu stehen und zu bleiben.

Das zweite nicht minder wesentliche Recht eines jeden katholischen Bischofs und eines jeden Katholiken besteht darin, in religiösen und kirchlichen Dingen von Niemand Anderm als den zuständigen rechtmäßigen kirchlichen Obern, den Bischöfen in der geistlichen Unterordnung unter den Papst, regiert und geleitet zu werden, da dieselben nach unserm katholischen Glauben von Gott gesetzt sind, die ihnen anvertrauten Diöcesanen nach den Vorschriften Christi und den Gesetzen der katholischen Kirche zu verwalten.

Demgemäß hat der Bischof seiner Diözese gegenüber hauptsächlich eine dreifache, von Gott ihm selbst auferlegte Pflicht, der das ebenso wesentliche, göttlich verliehene Recht entspricht, diese Pflicht frei und ungehemmt zu üben.

Es ist erstens die Pflicht und das Recht, die Glaubens- u. Sittenlehre der katholischen Kirche zu verkündigen und zu bewahren und deren Gnademittel zu verwalten.

Es ist zweitens die Pflicht und das Recht, die Priester und niederen Kirchendiener, welche ihn in seinem apostolischen Amte als seine Gehülfen und Stellvertreter unterstützen, nach Vorschrift der Kirchen Gesetze auszuwählen, zu erziehen, zu senden, und ihnen kirchliche Aemter zu übertragen.

Es ist drittens die Pflicht und das Recht, die Geistlichen zur Erfüllung ihrer Amtspflichten und die Gläubigen zur Erfüllung ihrer Christenpflichten zu ermahnen und anzubahnen und sie, wenn sie der Lehre der Kirche, dem Glauben und den Gesetzen derselben den Gehorsam hartnäckig verweigern, von der Kirchengemeinschaft auszuschließen und, wenn es Geistliche sind, sie ihres geistlichen Amtes zu entsetzen und ihnen alle priesterlichen Berechtigungen zu untersagen.

Diese drei Pflichten sind unauflöslich mit einander verbunden, so daß keine derselben ohne die andere bestehen kann. Der Bischof kann die katholische Glaubens- und Sittenlehre nicht rein bewahren und verkünden, er kann die Gnademittel Christi nicht recht und würdig verwalten und den Gläubigen spenden, wenn er nicht die Geistlichen, die in seinem Auftrage Beides thun, erziehen, beaufsichtigen, senden und nach ihrer Würdigkeit und Fähigkeit anstellen kann. Und er vermag Beides nicht, am allerwenigsten vermag er die katholische Religion vor Verfälschung zu schützen und die Verfassung der Kirche vor Zerrörung zu bewahren, wenn er nicht häretisch oder schismatisch gewordene oder sonst unwürdige Geistliche von ihrem geistlichen Amte entfernen, und beharrliche Gegner des kirchlichen Glaubens und Verleger und Gegner der Verfassung und der Gesetze der Kirche von deren Gemeinschaft ausschließen kann.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe verletzen und vernichten nun diese wesentlichen Rechte der katholischen Kirche und ihrer Bischöfe, Rechte, ohne welche sie ihre wesentlichen Pflichten zu üben außer Stande sind, in mehrfacher Beziehung.

*) Die „Germania“ veröffentlicht diese Petition an das Staatsministerium mit dem Bemerkten, daß die Vorstellung des Episkopats, welche an den Kaiser gerichtet ist, noch unter den Bischöfen zirkulirt.

Der Gesetzentwurf über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen erkennt zwar, wie es scheint, das Recht der Bischöfe an, die geistlichen Aemter zu besetzen, allein er beschränkt die Freiheit dieser Besetzung vor Allem dadurch, daß für den Staat das Recht in Anspruch genommen wird, gegen eine Anstellung nicht bloß Einsprache zu erheben, sondern auch selbst in letzter Instanz über die Begründetheit des Einspruchs zu entscheiden. Zwar wird diese Erklärung dadurch beschränkt, daß sie nur aus bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gründen erhoben werden kann. Allein wir können uns nicht verhehlen, daß unter Umständen unter dem Titel einer solchen Erklärung der Freiheit der Kirche, Integrität des geistlichen Standes und der Verhinderung würdigen und pflichttreuesten Geistlichen die schwersten Verfolgungen zugefügt werden könnten, selbst wenn einseitig und ausschließlich der Staatsbehörde es zustünde, vorgebrachte Einreden gegen die Anstellung eines Geistlichen resp. die ihnen zu Grunde liegenden Thatsachen zu prüfen und zu beurtheilen. Unter allen Umständen aber steht jene Bestimmung mit dem bestehenden Rechte und der der katholischen Kirche in der preussischen Verfassung gewährleisteten Selbstverwaltung in Widerspruch. Wenn einigen Regierungen von Seiten der Kirche in Folge gegenseitiger Vereinbarung die Befugniß zugestanden wurde, aus rein bürgerlichen und politischen Gründen gegen die Anstellung eines Geistlichen Einsprache zu erheben, so kann der Staat nicht einseitig sich selbst ein solches Recht zuschreiben; über dies ist wohl zu bemerken, daß ein solches Einspruchsrecht stets nur bei definitiven Anstellungen und fast immer nur in Betreff der Pfarren in Anspruch genommen und gewährt wurde, während es der Gesetzentwurf auf einfache Hilfspriester und auf bloß provisorische Anstellungen ausdehnt, was unserm Wissen noch nirgendwo beansprucht wurde. Es hängt dieses, wie der Gesetzentwurf ausdrücklich zu verstehen giebt, mit einer zweiten weit größeren Verletzung der kirchlichen Freiheit und Selbständigkeit, nämlich mit den Bestimmungen über die Erziehung des Klerus, zusammen. Diese Bestimmungen enthalten den tiefsten und verderblichsten Eingriff in das innere Leben der Kirche, in die höchsten Interessen der Religion, in die Freiheit des katholischen Glaubens. Wir werden uns darüber mit aller Offenheit, die unserem Amte ziemt, und die wir dem Staate schuldig sind, aussprechen. Die wesentlichsten unter allen Pflichten und das Wichtigste unter allen Rechten der Kirche und der Bischöfe ist die Erziehung des Klerus. Dieses Recht ist seit achtzehn Jahrhunderten noch in keiner Zeit und in keinem Lande der Welt der Kirche bestritten worden, als etwa im vorigen Jahrhundert in Oesterreich, in unserm Jahrhundert theilweise in deutschen Staaten, nie aber in solchem Umfange, wie durch den neuesten Gesetzentwurf für Preußen. Ueberall, wo die katholische Kirche besteht, ist auch das Recht derselben, ihre Geistlichen in kirchlichen Lehr- und Erziehungsanstalten auszubilden, als selbstverständlich anerkannt: in England und Nordamerika, in Holland und Belgien.

In Italien, Spanien, Frankreich, wo Revolutionen die Kirche vernichtet, sie theilweise blutig verfolgt haben, fiel es, sobald nur die Uebung der katholischen Religion gestattet und freigegeben war, Niemandem ein, den Bischöfen die Erziehung des Klerus freitig zu machen. Die Kirche hat durch das allgemeine Konzil von Trient das Gesetz gegeben, daß Jene, die sich dem geistlichen Stande widmen, von Jugend auf in Seminarien sollen erzogen werden, und daß jedes Bisthum ein solches Seminar besitzen soll. Die betreffenden Cirkumskriptionsbulen schreiben ausdrücklich die Ausführung dieses Gesetzes in allen preussischen Bisthümern vor.

Wenn die preussischen Bischöfe den Studirenden der Theologie den Besuch der Universitäten Bonn und Breslau und der Akademie Münster, sowie anderer deutscher Hochschulen gestatteten, so wollten und konnten sie dadurch nimmermehr auf das Recht und die Pflicht der Erziehung und theologischen Ausbildung ihres Klerus verzichten. Sie konnten daher solches nur unter der Voraussetzung gestatten, daß die theologischen Fakultäten an jenen Staatsanstalten sich in theologischer und religiöser Beziehung der kirchlichen Autorität in rechter Weise unterordneten, daß durch diese Unterordnung und die kirchliche Gesinnung der Professoren für die Katholizität der Lehrer und des Unterrichtes, sowie durch wohl eingerichtete Konvikte für die Sittenreinheit und das religiöse Leben der jungen Theologen genügende Virgshaft gegeben, und daß auch überhaupt von Seiten der Universität auf die katholische Kirche und die Kandidaten ihres Priesterthums die gebührende wohlwollende Rücksicht genommen würde.

Wenn dagegen, wie namentlich in jüngster Zeit in Bonn geschah, die Mehrzahl der Professoren der theologischen Fakultät vom Glauben der Kirche abfällt und gegen die kirchliche Autorität sich erhebt; wenn nichtsdestoweniger diese Professoren als Lehrer der katholischen Theologie festgehalten und als Vertreter der Fakultät aufgestellt werden, und wenn die Mehrzahl der übrigen Professoren der Universität Partei für sie ergreift, dann ist ein Zustand eingetreten, der geradezu unerträglich ist, und den auf die Dauer zu dulden eine schwere Schuld für die Bischöfe konstituiren würde. Dieses in Kürze die faktische Lage der Dinge, die erst in Verbindung mit den Motiven die ganze furchtbare Tragweite des Gesetzentwurfes klar macht.

Derselbe spricht zwar den Bischöfen und der Kirche das Recht des theologischen Unterrichts und der Erziehung des Klerus nicht förmlich ab, aber er macht es zum großen Theil illusorisch.

Der Entwurf gebietet erstens einem jeden Theologen unter Strafe des Ausschlusses von jedem geistlichen Amte den dreijährigen Besuch einer deutschen Universität und verbietet den Bischöfen die Anstellung eines Jeden, der fortan dieser Forderung nicht genügt hat. Nur an bereits bestehenden Seminarien, die vom Staat als theologische Lehranstalten anerkannt sind, soll den Angehörigen der betreffenden Diözese das Studium gestattet, allen Anderen aber verboten sein - eine geübliche Ausnahmsbestimmung zum Nachtheil dieser kirchlichen Lehranstalten, die nur als ein Nothbehelf in den engsten Schranken geduldet werden! Das Verbot, daß die Universitätsstudenten gleichzeitig einem Seminar angehören, ist kaum zu verstehen, wenn man darunter nicht ein Verbot des Konvikts in Bonn und der in Münster bestehenden Einrichtung verstehen will.

Sodann wird unter gleicher Strafe von den Theologen nicht bloß, wie von allen anderen Studenten ein Naturphilosophieren, sondern eine Prüfung über philologische, historische und philosophische Fächer nach bestandem Universitäts-Triennium gefordert, was in keiner anderen Fakultät vorgeschrieben ist. Sowohl diese überaus abschüssige Ausnahmsbestimmung, als auch überhaupt das Universitäts-Triennium hat ausgeprochener Maßen nicht so sehr den Zweck, den Theologen in den genannten Fächern Kenntnisse zu vermitteln, als vielmehr auf ihre Gesinnung und Grundfeste Einfluß zu üben. „Nationale Erziehung“ hat man verlangt und dabei behauptet, daß eine kirchliche Erziehung antinationale und antipatriotische Gesinnung erzeuge. Wir weisen diese stets wiederkehrende Beschuldigung immer aufs Neue mit Entschiedenheit zurück. Wir, die Bischöfe, unser glaubenstreuer Klerus und die gläubigen Katholiken aller Stände stehen Niemanden nach in der Pflichttreue gegen König und Staat und in aufrichtiger Liebe zum Vaterlande. Die Erziehung, die unsere Theologen zu guten Priestern und treuen Dienern ihrer Kirche macht, macht sie auch zu treuen und gewissenhaften Unterthanen der weltlichen Obrigkeit.

Dagegen haben wir leider Grund zu fürchten, daß der Ausdruck „nationale Erziehung“ eigentlich eine un-katholische Erziehung bedeute, und daß dieselbe den Zweck habe, den Kandidaten des geistlichen Standes unkirchliche Gesinnungen und Anschauungen, wenn möglich, beizubringen. In den großen Aufstellungen, welcher der Abfall einer Anzahl von Theologie-Professoren bereitet hat, haben nicht bloß die Geistlichen, sondern auch die Studenten der Theologie in ganz Deutschland aufrichtige und unerschütterliche Glaubensstreue zum Troste der Bischöfe und des ganzen katholischen Volkes bewiesen. Wir fürchten, daß die beabsichtigten Vorarbeiten des Gesetzentwurfes darauf abzielen, eine Umwandlung dieser Gesinnung und dieser Glaubensstreue anzubahnen und zu bewirken.

Hat man ja von einem, wie man zu sagen beliebt, ultramontanen Geiste geredet, der im Klerus überhand genommen habe und den man durch die „nationale Erziehung“ bekämpfen müsse. Allein der Geist, der unsern Klerus im Glauben und in kirchlicher Treue erhalten hat, ist nicht ein ihm künstlich angethaner Parteigeist, sondern es ist der reine und unverfälschte Geist des katholischen Glaubens, es ist der sich stets gleichbleibende Geist der gesammten katholischen Kirche, es ist der von den Vätern seit unverdenklichen Zeiten ererbte Geist unseres katholischen Volkes, es ist der Geist, den sie aus dem väterlichen Hause mitgebracht haben und fort und fort mitbringen. Wenn daher dieser Geist in ihnen durch die „nationale Erziehung“ geschwächt, verändert, gefälscht und erstickt werden sollte, dann müßten wir eine offene, ja eine blutige Verfolgung einer solchen „nationalen Erziehung“ unbedingt vorsehen. Sie wäre eine fortgesetzte Verführung der zum geistlichen Stande berufenen Jünglinge zum Abfall von ihrem priesterlichen Berufe, ja von ihrem katholischen Glauben. (Schluß folgt.)

Deutschland.

△ Berlin, 4. Februar. Die Denkschrift der deutschen Bischöfe, welche heute die „Germania“ veröffentlicht, ist zwar mit großer Geschicklichkeit und Vorsicht abgefaßt, aber ihr Inhalt stimmt doch in allen wesentlichen Punkten mit dem der an den Landtag gelangten Petitionen und den Adressen katholischer Geistlichen überein. Es wird auch in unzweideutiger Weise, falls die Vorlagen des Kultusministers zum Gesetz erhoben werden sollten, diesen und somit der Obrigkeit der Gehorsam aufgekündigt. Derartige Kundgebungen sind jedoch nur geeignet, die Gesetze als unumgänglich nothwendig erkennen zu lassen. Der Kultusminister hat sich mit Recht unter allgemeiner Zustimmung dahin ausgesprochen, daß, je schroffer die Opposition gegen die Gesetze vorgehe, je verwegener sie im Voraus ihre Mißachtung der obrigkeitlichen Gewalt proklamire, um so dringender die Pflicht des Staates sei, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren, die Grenzen zwischen Staat und Kirche zu regeln und die Herrschaft der Gesetze zur unbedingten Geltung zu bringen. - Es bestätigt sich, daß das durch die Reichsverfassung verheißene Gesetz über die Organisation des Heerwesens im Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet und dem Reichskanzleramte übergeben worden ist. - In der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses ist bekanntlich die Diätenfrage angeregt worden. Wie ich höre, haben im Schooße der Regierung über diese Angelegenheit Erörterungen stattgefunden, welche voraussichtlich noch in dieser Session zu einer Vorlage an den Landtag führen werden, in welcher eine Erhöhung der Diäten beantragt werden soll. Der Landtag wird um so unbesangener an die Verhandlung der Vorlage herantreten können, als der erhöhte Satz erst von Beginn der nächsten Legislaturperiode eintreten soll. - Nach den bekannten Bestimmungen des Kultusministers über das Schulwesen und zwar in der Lehrordnung für die Schullehrer-Seminarien ist festgesetzt, daß jedes Seminar mit einer mehrklassigen und einer ein-klassigen Uebungsschule organisch zu verbinden ist. In einer jüngst ergangenen Verfügung ist nun als Grundsatz aufgestellt worden, daß für eine solche Einrichtung die Provinzial-Schul-Kollegien als zuständige Aufsichtsbehörden zu gelten haben. Da jedoch noch unter dem Einflusse konkreter Verhältnisse einzelne Einrichtungen bestehen, welche den allgemeinen Bestimmungen nicht entsprechen, so soll ausnahmsweise, wo noch ein anderweitiges Ressort-Verhältniß besteht, es einstweilen dabei sein Bewenden behalten. Zur Herstellung vorchriftsmäßiger Uebungsschulen sollen jedoch sofort die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden.

△ Berlin, 4. Februar. Die heutige dritte Berathung der Verfassungsänderungen zeigt namentlich in den Reden von Schorlemmer und Kardorff, daß die Festigkeit des Kampfes hüben wie drüben noch fortwährend im Wachen begriffen ist. Nach drei Wochen müssen sämmtliche drei Lesungen über die Verfassungsänderungen wiederholt werden. Dazwischen allen je drei Lesungen über die vier kirchlichen Spezialgesetze. Wir haben also noch kirchliche Debatten in großem Umfange vor uns, ganz abgesehen von den darauf folgenden Verhandlungen im Herrenhause. Für ein Zweikammerssystem kann die Methode der dreimaligen Lesung von Gesetzen unter Umständen des Guten zu viel bringen. Die Gesamtterklärung der Bischöfe ist im Ministerium eingetroffen. Man hatte nach dem Vorgange des Bischofs Martin die Erklärung schäfer erwartet, als sie jetzt ausgefallen ist. Wenn man nicht wüßte, daß die Bischöfe noch immer auf eine Sinnesänderung bei dem Träger der Krone spekulirten, könnte man fast glauben, sie wünschten selbst einzulernen. - Bismarcks Blandereien am Kamin bei Gelegenheit seines parlamentarischen Dinners geben in Abgeordnetenkreisen noch immer viel Stoff zur Unterhaltung. Jüngst kam Bismarck auch wieder auf sein Lieblingssthem, den passiven Widerstand der Geheimräthe, zu sprechen. Er erzählte, daß schon 1867 ein als ultrareaktionär bekannter Geheimrath im Ministerium des Innern den Auftrag erhalten habe eine neue Kreisordnung zu redigiren. Der Mann habe aber die Arbeit einfach liegen lassen. Vor das Disziplinargericht sei er nicht zu stellen gewesen. Im Gegentheil sei er durch Beförderung zum Regierungspräsidenten in der Rheinprovinz belohnt worden. - Man zweifelt nicht, daß Camphausen der gestern in der Budgetkommission beschlossenen Erhöhung der Dotation

für Elementarschulen von 2/4 auf 3 Millionen schließlich zu stimmen wird. Fall hatte schon im vorigen Sommer diese Erhöhung beantragt. Die Mittel zur Erhöhung sind reichlich vorhanden in dem Plus, welches die neue Veranlagung der Einkommensteuer und der Klassensteuer ergeben hat. Das Plus soll hauptsächlich zu lebenslänglichen Zulagen für ältere Lehrer verwandt werden. — Die Einbringung eines Versicherungsgesetzes im Reichstage ist wieder zweifelhaft geworden, weil innerhalb des Reichskanzleramts die Ansichten über das notwendige Maß der staatlichen Beaufsichtigung erheblich auseinandergehen. — Die Fortschrittspartei verhandelte gestern Abend über die im September d. J. bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage. Man beschloß den Kampf gegen die Klerikalen namentlich in der Rheinprovinz frühzeitig und planmäßig mit allem Nachdruck aufzunehmen. Die Stadt Köln hält man für ziemlich gesichert. In den übrigen Wahlkreisen der Rheinprovinz ist man zu einer Allianz mit den Nationalliberalen geneigt, sofern dieselben zur Hälfte Kandidaten der Fortschrittspartei akzeptieren. Ostermontag wird in Köln eine Parteiverammlung von Vertrauensmännern aus den einzelnen Kreisen das Weitere beschließen. Ungefähr gleichzeitig wird auch in Wiesbaden eine Versammlung von Vertrauensmännern tagen, die Organisation in Nassau durchzuführen und einen Zentralausschuß niederlegen. Für Nassau werden beide Parteien überall zusammengegeben. Ebenfalls in den Ostertagen soll eine Vertrauensmännerversammlung in Berlin stattfinden für die Wahlen in der Provinz Brandenburg (ausschließlich Berlin) und der Altmark. In ähnlicher Weise wird man sich wohl auch in Schleswig-Holstein organisieren. Auch von der Provinz Ostpreußen erwartet die Partei Zuwachs. Noch vor Ostern wird der Wahlaufmarsch der parlamentarischen Partei erscheinen. Man sucht in dieser Weise die Organisation frühzeitig in Gang zu bringen, damit vor Beginn der Sommerreisen überall zur Bildung von Lokalkomitees geschritten werden kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre, in welchen bald die Freikonserwativen, bald die Klerikalen die Majorität im Abgeordnetenhaus entschieden, sind zu bitter, als daß nicht Alles daran gesetzt werden müßte, für die liberalen Parteien eine entschiedene Majorität wiederzugewinnen. — Hier in Berlin beschäftigen sich gegenwärtig mehrere Parteien mit der 25jährigen Feier des 18. März. Für die Fortschrittspartei haben die Wahlvorstände die Sache in die Hand genommen. Ohne gerade mit der Feier besondere Nebendemonstrationen verbinden zu wollen, beabsichtigt man doch die Bedeutung des Tages für die Entwicklung der Verfassung und des deutschen Einheitsgedankens in Versammlungen entsprechend hervorzuheben. — Zu Ehren des 70jährigen Geburtstages von Ziegler hat die Fortschrittspartei heute ein Diner veranstaltet. Ziegler wurde bereits gestern von zahlreichen Deputationen (u. A. aus Breslau) sowie durch Telegramme beglückwünscht. Unter der Gratulanten gemischtem Chor befand sich u. A. auch Windhorst (Meppen).

— Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Das Vertrauen der liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses in die allerdings ermüdende parlamentarische Arbeit der Kirchengesetzgebung ist nicht wenig durch den mitgetheilten Ausspruch des Kaisers gehoben worden. Der Monarch richtete jene Worte zunächst an den Abg. v. Bennigsen, doch so, daß sie gleichzeitig von der ganzen Gruppe der Abgeordneten gehört wurden. Von den bei der Cour anwesenden Herrenhausmitgliedern beizien sich einzelne mit einem großen Anstande patriotischer Phrasen den Beweis zu liefern, daß die Majorität des preussischen Oberhauses zu den Kirchengesetzgebungs-Vorlagen eine ganz andere Stellung einnehme, als zur Kreisordnung. Schon gelegentlich der vertraulichen Verhandlungen der Fraktionführer des rechten Flügels der Ständekammer mit dem Ministerium wurden von diesen Garantien für eine Mehrheits-Abstimmung in Sachen der Kirchengesetzgebungsvorlagen angeboten. Auch scheuten sich damals die Herren nicht, durchblicken zu lassen, daß sie in ihrer Opposition gegen die Kreisordnung den Fürsten Bismarck hinter sich zu haben glaubten. Heute gesehen sie, daß kein Mitglied des Herrenhauses zweifeln dürfe, die Kirchengesetze seien Bismarcks eigenstes Werk. Wenn nun der Kaiser sage, daß zu ihrer Durchbringung kein neuer Parirschub erforderlich sei, so stimme dies vollständig mit der Stellung überein, welche die überwiegende Majorität des Herrenhauses zur Verfassungsänderung und zu den vier Gesetzen einnimmt. Wir registriren diese Rücksicht auf feudale Herrenhausmitglieder, ohne ihr großes Gewicht beizulegen. Die Herren mögen vielleicht erfahren haben, daß Fürst Bismarck seine Idee der Herrenhausreform wieder aufgenommen. Wir hören, daß dies nicht geringe Ueberraschung in ihren Reihen erregt, weil sie stets annahmen, daß der große Herrenhauschub nur erfunden wurde, um den kleinen zu hindern und den Grafen Eulenburg nicht Ministerpräsidenten werden zu lassen. Was es mit der Herrenhausreform Bismarcks auf sich hat, erscheint uns nicht ganz klar. Der Kaiser wollte überhaupt keinen Parirschub, und seine jüngste Aeußerung scheint nicht darauf hinzudeuten, daß er seine Meinung geändert. In liberalen Abgeordnetenkreisen freut man sich über diese Festigkeit des Kaisers in einer Gesetzgebungsmaterie, die unter einflussreichen Personen die entschiedensten Gegner zählt. Man theilt in dieser Beziehung Details über Vorgänge bei Hofe mit, welche sich ihrer Natur nach nicht zur Veröffentlichung eignen, die aber ein charakteristisches Gewebe von Intrigen enthüllen, deren Fäden der Abg. für Meppen sehr genau kennt. Daß der Kaiser den geheimen, und den offenen Wünschen hochgeachteter Personen, der Bischöfe, des Oberkirchenraths u. dergleichen, was hat manchen Abgeordneten der liberalen Partei zurückgehalten, seiner Verdrossenheit über andere Dinge Ausdruck zu geben und entweder auf Urlaub zu gehen, oder sein Mandat niederzulegen.

— Der „Frankf. P.“ wird von Berlin, 1. Februar, geschrieben: „In der freien und meist sehr belebten Konversation, welche die parlamentarischen Diners bei dem Fürsten Reichskanzler zu folgen pflegt, fragte der Fürst, ob denn wirklich der Abg. v. Mallinckrodt behauptet, Preußen habe die italienische Regierung 1870 aufgefordert oder ermächtigt, von Rom Besitz zu ergreifen. Dies wurde von mehreren Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bejaht. Der Fürst versicherte darauf, dies sei eine große Unwahrheit, der König von Italien sei im Beginn des Krieges mehr französisch, als deutsch gesinnt gewesen. Dies antipathische Verhältnis sei während des Krieges nicht gehoben worden und erst gegen Ende des letzten, oder gar erst nach dem Friedensschluß, sei die Wiederherstellung eines Einvernehmens mit Italien möglich gewesen, jedenfalls sei jene Behauptung Mallinckrodt's, wenn solche gefallen, das direkteste Gegentheil der Wahrheit, und Deutschland sei frei von dem Vorwurf, irgend etwas gethan zu haben, was geeignet war, die feindselige Haltung Roms zu provozieren.

— Dem Bundesrathe ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung der deutschen Festungen (außer denen in Elsaß-Lothringen) vorgelegt worden, wodurch im Ganzen die Geldmittel von 68 Millionen Thalern aus der Kriegskosten-Entscheidung gefordert, für 1873 und 74 die Summe von 18 Millionen Thalern und für die folgenden 10 Jahre je 5 Millionen Thaler bereit gestellt werden. Ein berliner Korrespondent schreibt dazu:

Die beigegebenen Motive lehnen an die Erfahrungen des letzten Krieges und an die Ergebnisse der Beratungen der Landesverteidigungs-Kommission an, welche vom Kaiser berufen worden ist

und unter dem Präsidium des Kronprinzen gearbeitet hat. Das Ergebniß dieser Berathung wird dahin zusammengefaßt: 1) daß einzelne größere Zentralpunkte für die Landesverteidigung geschaffen werden müssen, 2) dadurch ein Theil der vorhandenen Festungen eingegeben könne, 3) daß für die bleibenden Festungen hauptsächlich eine intensive Verbesserung der Befestigungen und der Ausrüstung zu gewinnen sei. Hauptzweck wird beabsichtigt die Anlage von detachirten Werken, artilleristische Verstärkung an gezogenen Geschützen, Vermehrung der Kriegs-Pulvermagazine, der Munitionskanäle und der Räume zur bombensichern Unterbringung von Mannschaften und Vorräthen, sowie die Verbesserung der Deckung der vorhandenen veralteten Schutzbauten, endlich Befestigung anderer Mängel bezüglich der organische Gestaltung zu schaffen, die im Grundgedanken der Widerstandskraft. In gleichem Maße, wie für diese Zwecke, werden die Mittel für die Seeplätze und Küstenbefestigungen (dafür allein 25 Mill. Thlr.) gefordert und die Nothwendigkeit der Bewilligung wird nachgewiesen. Das Gesammtvermögen einschließlich der bereits für Elsaß-Lothringen bewilligten 28 Millionen Thaler beläuft sich auf 96 Millionen Thaler. Davon entfallen auf die Südgrenze und die Südwesgrenze (Elsaß-Lothringische Plätze, Raastadt, Ulm u.) etwa 30,7 pCt., auf den nördlichen Theil der Westgrenze (Mainz, Koblenz, Köln) 10,9, auf die Nordgrenze (die Küsten, Memel, Pillau, Danzig, Kolberg, Swinemünde, Stralsund, Friedrichsort, Sonderburg-Düppel, untere Elbe, untere Weiser, Wilhelmshaven) 27,6, auf die Südgrenze (Königsberg, Thorn, Posen, Küstrin, Glogau) 26,2; auf das Innere (Spandau) 4,6 pCt. Es wird darauf hingewiesen, daß der Geldbedarf von 68 Mill. Thlr. schnell bewilligt werden muß, und daß dazu in dem Reichsgesetz vom 8. Juli v. J. ein Betrag von 1/2 Milliarden Franken (400 Millionen Thaler) disponibel ist. Von Interesse ist die Bemerkung, daß es nicht die Absicht sei, eine Niederlegung der eingehenden Festungswerke in großem Umfang und mit erheblichen Kosten vorzunehmen, sondern zunächst nur an einzelnen Stellen in Verbindung mit einer Umgestaltung der Thorpassagen eine wirkliche Offenlegung vorzunehmen und das Weitere den betreffenden Städten zu überlassen. Bei sehr lebhaftem Erweiterungsbefahren soll schon sofort nach dem Zustandekommen des Gesetzes nachgegeben werden.

Die vorstehende Mittheilung wird durch folgende Notizen vervollständigt:

Erweiterungen sind beschlossen für Köln auf Höhe von 9,159,000 Thlr., Koblenz 309,000 Thlr., Mainz 922,000 Thlr., Raastadt 43,000 Thlr., Ulm 1,210,000, Spandau 4,434,000 Thlr., Küstrin 4,741,000, Posen 7,023,000, Thorn 5,280,000, Danzig 773,000 Thlr., Königsberg 7,837,000 Thlr., Glogau 278,000, Weize 242,000, Memel 73,000, Pillau 50,000, Kolberg 267,000, Swinemünde 1,426,000, Stralsund 275,000, Friedrichsort 1,822,000, Sonderburg-Düppel 2,227,000, Befestigungen der unteren Elbe 4,373,000, Befestigung der unteren Weiser 5,061,000, endlich Wilhelmshaven 10,177,000. Man ersieht hieraus, daß die stärksten Befestigungen für Köln, dann aber für Königsberg und Posen in Aussicht genommen sind. Die Kostenberechnungen erfolgten nach Kostenaufschlägen und örtlichen Ermittlungen. Die Entschädigungen, welche nach dem Rayongesetz den Grundeigentümern gezahlt werden müssen, deren Häuser in die Rayons hineingezogen werden, sind nicht berechnet worden, weil diese Entschädigungen zumeist als Renten zu gewähren sind, deren genaue Höhe sich bei der kurzen Zeit des Bestehens des Gesetzes nicht angeben läßt. Die angestellten Berechnungen beziffern den Kapitalwerth aller zu gewährenden Rayonsentschädigungen auf circa 4 1/2 Million Thaler. Die Kosten für Geschütze und Munition beruhen auf Ausrichtungsentwürfen, welche die Geschützausstattung nach Zahl, Art und Kaliber festsetzen, sowie auf den erfahrungsmäßigen Kosten der verschiedenen Geschütze. Die Landes-Verteidigungs-Kommission betont bei den Vorschlägen zur Verstärkung der artilleristischen Ausstattung der Festungen die Erfahrungen des letzten Krieges gegen Frankreich, wonach es außer allem Zweifel steht, daß der rasch und mit verhältnismäßig geringen Opfern von und erzwungene Fall vieler kleineren französischen Festungen durch deren veraltete und gegen die heutigen Angriffswaffen nicht mehr genügende Ausstattung und Ausrüstung wesentlich mit herbeigeführt worden ist.

Königsberg, 2. Februar. Die in diesen Tagen hier versammelten Geistlichen, welche darüber berieten, welchen Standpunkt die evangelische Kirche bei den gegenwärtigen religiösen Wirren einzunehmen habe, haben beschlossen, eine Versammlung von Gemeindegliedern und Geistlichen in nächster Zeit einzuberufen, um sich über ein gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit zu verständigen und entweder durch Resolution oder durch Petition die überwiegende Ansicht an geeigneter Stelle zum Ausdruck zu bringen.

München, 2. Februar. Das „Programm“, welches der Herr Bischof von Mainz dieser Tage in einer Broschüre für die deutschen Katholiken aufgestellt hat, wird im „Vaterland“ des Herrn Dr. Sigl als unannehmbar erklärt, und hierbei des Herrn Bischofs in eben nicht sehr schmeichelhafter Weise gedacht. „Wir halten es“ — sagt Herr Dr. Sigl am Schlusse des Artikels — „wahrhaftig lieber mit Herrn v. Gerlach, dem muthig und ehrlich genug ist, um über den Deutschen den Christen zu stellen. Herr v. Ketteler könnte sich doch wohl mit dem von ihm auf politischem Gebiete bereits angerichteten Unheil begnügen und auf fernere Vorbeeren auf diesem undankbaren Felde, für das er nicht der rechte Mann ist, verzichten, sonst könnten die letzten Dinge noch ärger werden als die ersten.“

München, 2. Februar. Auch die sonst in diesen Dingen sehr schweigsame bairische Presse bepricht jetzt wieder öfters die beständige Ministerkrisis und die planlose und launenhafte Haltung der bairischen Regierung und klagt die Minister wegen ihrer Willensschwäche an. An einem Artikel der münchener „Neuesten Nachrichten“ z. B. heißt es, nachdem die militärischen Spielereien mit dem „kriegshistorischen“ bairischen Blau und der Raupen am Helm satfam verspottet worden und auf die bairischen Gesandtschaften, namentlich in Rom hingewiesen, gegen den Schluß:

Diese Unbegreiflichkeiten, das Hin- und Herschwanken zwischen partikularistischen Annäherungen und Reichstreue das zeitweilige Liebkügeln mit dem Ultramontanismus, die wiederholenden Winken an Führer der liberalen Partei, kurz die ganze Zweideutigkeit und Unklarheit der gegenwärtigen bairischen Politik — das sind die Erzeuger der immer wieder aufstauenden und aufgelaufenen Gerüchte über Ministerkrisen. Der gesunde Menschenverstand, der weder von Hofluft inficirt ist, noch die Dinge durch die von Hochmuth verdunkelten Gläser angeleglicher Staatsmänner und Diplomaten betrachtet, kann nun einmal nicht verstehen, wie Männer von der Einsicht, dem Charakter und der Vaterlandsliebe, wie unsere Herren Minister in solchen trüben Verhältnissen so lange verweilen können. Welche merkwürdige Wandlungen die bairische Politik noch durchmachen wird, das vermögen wir bei der Unberechenbarkeit und Launenhaftigkeit so mancher dabei mitwirkenden Faktoren nicht vorauszusagen, aber das wissen wir mit aller Sicherheit, daß eine zweideutige, hin- und herschwankende Politik eben so sehr wie eine offen reichsfeindliche zum Ruine des Landes führt.

Die kürzlich telegraphisch angezeigten Militär-Personal-änderungen sind in ihrem ersten Theil eine Folge der vor mehreren Wochen in der Presse vielfach besprochenen Vorgänge bei der Eröffnung der Offiziers-Speise-Anstalt in Ingolstadt — Vorgänge die darnach doch wohl viel ernsterer Natur gewesen sein müssen als man nachträglich glauben machen wollte. — Auf einige Beschuldigungen der „Landeshüter Ztg.“ antwortet Dr. Sigl in seinem „Vaterland“ in folgender spaßhafter Weise:

Es wird uns von der tugendhaften Landeshüterin wieder einmal die 1864 begangene Todssünde vorgeworfen: ein Vierteljahr frohscham-merlich liberal gewesen zu sein, in welchem Zustande wir gegen Syl-labus und Encyclica einigens dumme Zeug geschrieben haben. Nun

das ist wahr und wir haben es niemals geleugnet. Ist es aber nicht gerade lächerlich, dem Redakteur des „Vaterland“ bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit vorzuwerfen, daß er vor 8 oder 10 Jahren einmal etwas Dummes gemacht? Wir könnten uns auf Paulus und Augustinus berufen, die, bevor der Eine Apostel und der Andere Bischof wurde, doch auch etwas Erkleckliches an — Unzulänglichkeiten geleistet haben, aber mit der Zeit sogar Heilige geworden sind.

Frankreich.

Paris, 2. Februar. Das „Univerſ“ meint, seit Eröffnung der National-Versammlung habe es schwerlich eine Sitzung gegeben, die „dramatischer“ als die heutige Schlußsitzung über die lyoner Kontrakte gewesen wäre. Dramatisch aber ist nicht der rechte Ausdruck, oder man müßte denn die alten Ritter- und Räuberstücke vorzugsweise dramatisch nennen. Roh, gemein und häßlich war der Charakter dieser drei Sitzungen in hohem Grade. Die Leidenschaftlichkeit der Parteien ging so weit, daß in der letzten Sitzung von der Sache selbst, von der lyoner Kaufkontrakte, gar nicht mehr die Rede war, und doch hatte der Herzog von Audiffret-Pasquier den Muth, zu erklären, „weder er noch seine Freunde brächten politische Voreingenommenheiten mit in die Debatte.“ Was würde also erst geschehen sein, wenn diese Leute mit solchen aufgetreten wären! Zur Ehre der Franzosen sprechen sich wenigstens die anständigen Zeitungen, wie das Journal des Debats, voll bitteren Unwillens über dieses Treiben aus.

Schweden und Norwegen.

Um die Union zwischen Schweden und Norwegen, wie der König in der Thronrede bei Eröffnung des schwedischen Reichstages bemerkt hat, noch fester zu schließen, soll ein für die gemeinsamen Angelegenheiten beider Länder gemeinsames Parlament nach Art der österreichisch-ungarischen Delegationen als das beste Mittel erkannt worden sein. Der verstorbene König hegte diesen Plan mit Vorliebe, und der jetzige König, der sich am 31. Januar nach Christiania Begeben hat, will, wie es heißt, dort die Frage zur Sprache bringen. Die für ihre demokratischen Freiheiten sehr besorgten Norweger dürften aber schwerlich etwas davon hören wollen. Das Gerücht, beide Länder sollten durch einen Zollverein mit einander enger verbunden werden, wird von norwegischer Seite für durchaus grundlos erklärt.

Rußland und Polen.

Die in Petersburg tagende Kommission zur Berathung der Armeeg-Organisation soll, laut der wiener „Deutschen Zeitung“, sich in großer Verlegenheit befinden, denn die Schwierigkeiten, die sich der beabsichtigten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entgegenstellen, häufen sich, und es sollen noch jetzt, nach zweijährigen Arbeiten der Fach-Kommissionen, in den maßgebenden Kreisen Meinungs-differenzen in wichtigen Fragen herrschen. Man ist auf diese Weise in Rußland Betreffs der Armeeg-Organisation momentan in eine kritische Lage gekommen. Die Reformen Miljutin's, die im Laufe der letzten Jahre eingeführt wurden, haben sich noch nicht einwurzeln können, und die alte Organisation der Armeeg ward völlig zerstört; es dürfte daher wohl nicht zu den Unmöglichkeiten gehören, daß man im entscheidenden Momente, anstatt einer schlagfertigen Armeeg, nicht viel mehr als ein gediegenes Material und schätzenswerthe Projekte zur Verfügung hätte. — Für die Reise des Schahs von Persien über das Kaspiſche Meer wird der Kriegsdampfer „Rasr-Eddin-Schah“ von 160 Pferdekraft und mit fünf Kanonen in einer Weise ausgerüstet, wie sie für einen orientalischen Monarchen geeignet ist.

R. G. Das Räuberwesen resp. Unwesen findet außer in Italien nirgends einen so guten Boden, wie in Rußland; einmal wegen der mangelhaften Verwaltung in den Gouvernements; dann wegen der vielen oft weiten Strecken, welche ganz unbewohnt und unbebaut sind, dann wegen der großen dichten Urwälder, welche sich noch in manchen Gegenden Rußlands befinden und die kein Mensch, wenigstens Niemand, der nicht besondere Absichten hat, betritt, und endlich wegen der Dummheit der Bevölkerung. Alle die Umstände tragen denn auch dazu bei, daß das Räuberwesen in Rußland noch sehr stark kultivirt wird, und daß es recht schwer fällt, Banden, deren Existenz feststeht, dingfest zu machen. Fast wöchentlich laufen Berichte ein, daß hier oder da, in diesem oder jenem Gouvernement, eine Bande entdeckt, höchst selten aber, daß eine solche Bande eingezogen und aufgehoben sei. Alles bisher Dagewesene übersteigt jetzt eine aus Cherson einlaufende Nachricht, nach welcher sich in jenem Gouvernement der Hauptstz einer vollständigen organisirten Bande befindet, welche auf die ganzen umliegenden Gouvernements ausgedehnt ist und in mehrere kleinen Banden unter ihren eigenen Häuptern zerfällt, die von der Bandenverwaltung ihre bestimmten Aufträge erhalten, eine Bande, die ihre besonderen Comtoire an verschiedenen Orten, ihre eigenen Fabriken falscher Pässe und Legitimationen hat, in der sich sogar angesehenen Personen befinden sollen und in der ein besonderer Eid abgelegt werden muß. Mehrere Mitglieder dieser Bande sind kürzlich arretirt worden, und es befinden sich unter denselben Deserteure, Juden, Kolonisten, Kleinbürger, Gemeindegeldhe, Stadthäupter u., also Mitglieder der niedersten Rangstufen bis zu den angesehensten.

Vom Landtage.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 4. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Dr. Falk und Achenbach. Zur allgemeinen Diskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Art. 15 und 18 der Verfassung, der heute zur dritten Berathung steht, melden sich 9 Redner zum Wort, 5 gegen, 4 für die Vorlage.

Abg. v. Gerlach spricht in mehr als einstündiger, fast unverständlicher Rede gegen den Gesetzentwurf: Ich trete heute auf als Glied der evangelischen Kirche, dessenigen Theils der evangelischen Kirche, der das Kirchenregiment S. M. des Königs anerkennt, nicht in irgend einer Art Gleichgültigkeit gegen die Bemühungen und Kämpfe der Katholiken in diesem Hause. Ich fühle mich in diesem Kampfe aufs Innigste mit ihnen verbunden; ich fühle meinen evangelischen Glauben und meine brüderliche Liebe zu den Katholiken entzündet durch diesen Kampf und auch meine Hoffnung; denn ich hoffe auf ihren Sieg. Sie sehen heute nur die deutschen Bischöfe vereinigt in diesem Kampfe, vielleicht aber wird das gesammte Episkopat der Erde in diesem Kampfe mit zu Felde ziehn. (Hört.) Ich knüpfte an diese Hoffnung auf Sieg den Wunsch, daß die Gemeinschaftlichkeit der evangelischen und katholischen Kirche im Kampfe gegen diese Gesetze immer mehr zum Bewußtsein kommt in diesem Hause wie im ganzen Lande. Ich befinde mich diesen Gesetzen gegenüber in demselben Fall wie der Bischof von Emeland. Ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, wie er, und habe dieses Recht in meinem langen Leben oft ausgeübt: zu prüfen, ob ich solchen Staatsgesetzen ohne Sünde, ohne Verletzung höherer Pflichten gehorchen kann. (Hört!) Ich bin also in dieser Beziehung solidarisch mit dem Bischof von Emeland verbunden. Unsere Verhandlungen hier werden im ganzen Lande gelesen. Ich hätte wohl gehofft und gewünscht, daß auf Aeußerungen solcher Art, wie sie von dem Abg. Birchow und andern hier gefallen sind, die Re-

gierung klar und bestimmt ausgesprochen hätte, was sie eigentlich unter Religion verstehe, was ihre Religion eigentlich sei; ich hätte wohl gewünscht, daß uns der Kultusminister sein Glaubensbekenntnis hier abgelegt hätte. Jemand etwas der Art haben wir aber von Regierungstisch gar nicht gehört. (Auf links: Ist gar nicht nötig!) Ich bin den Reden des Kultusministers mit Aufmerksamkeit gefolgt; ich habe ihn geistig die Hand gereicht und siehe, seine Hand war eiskalt. (Heiterkeit.) Ich habe ihn gefragt: Wer ist Dein Gott? und siehe, er antwortete: Ich bin der omnipotente Staat, was geht uns Glaube, was geht uns Gott an? Ich habe ihm in die Augen gesehen und siehe, seine Augen waren starr. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Reichensperger hat sich bezüglich der Entscheidung der Artikel 15 und 18 auf das Frankfurter Parlament und die Nationalversammlung berufen. Dabin kann ich ihm nicht folgen. Für mich sind diese Verhandlungen, für mich ist das ganze 3. 1848 keine Autorität. Wir haben Mühe genug gehabt aus diesem Noth herauszukommen. (Rufe links: oh! psst!) Ueber den Entwurf steht der Name des Königs; aber in den Gesetzen verschwindet dieser Name völlig und an seine Stelle tritt das Abstraktum: Staat. Der Reichskanzler hat einst gesagt: An dem Fels der christlichen Kirche wird das Karrenschiff der Zeit scheitern. Wenn man diese Gesetzentwürfe betrachtet und die Auslassungen von der Regierungseite hört, dann scheint dieser Fels sich ganz in einen Nebelfeld aufgelöst zu haben.

Abg. v. Brauchitsch (für): Wenn ich es wage, gegen alte gewiegte Parlamenten in den Kampf einzutreten, so denke ich dabei an meine Jugendzeit, in welcher ich zu Heidelberg einem Corps angehörte, dessen Mitglieder größtentheils nur ein Jahr in Heidelberg blieben und welches mit den anderen Verbindungen, deren Leute in der Fruchtszeit lange Uebung hatten, in fortwährendem Kampfe stand. Ebenso stehe ich jetzt einem Mann gegenüber, der ehemals Führer der konservativen Partei war, der aber jetzt eine Richtung verkörpert, welche wir nicht mehr als konservativ anerkennen können. Freilich sagt er uns dasselbe; ich will nicht Richter darüber sein, wer von uns Recht hat. Das Zentrum sagt zu uns: wie könnt ihr von eurem konservativen Standpunkte aus diesen Gesetzen zustimmen? Und zur Linken: wenn ihr diese Gesetze annehmt, tödtet ihr den Liberalismus. Es ist ganz bezeichnend, daß diese Fraktion sich Zentrum nennt, denn sie hat eine Brücke geschlagen zwischen der rechten und linken Seite, indem sie die Liberalen gezwungen hat, gegen ihre Neigung die Staatsgewalt zu stärken und die Konservativen an ihre Pflicht erinnert hat, die Autorität der Kirche nicht stärker werden zu lassen, als das Wohl des Staates es gestattet und die Staatsgewalt gegen alle Angriffe zu schützen, woher sie auch kommen mögen. Früher hatten wir die Autoritäten des Kirchenregiments auf unserer Seite; zu unserem Bedauern besteht dieses Verhältnis jetzt nicht mehr. Denn unmöglich können zwei souveräne Gewalten nebeneinander bestehen. Herr v. Mallinckrodt ist logisch genötigt, das Placet der Kirche in Bezug auf die Staatsgesetze fordern zu müssen, während früher der Staat den Kirchengesetzen sein Placet erteilte. Der Vorredner hat zwar behauptet, der Bischof von Ermeland habe sich den Gesetzen unterworfen, soweit es das Gebiet des Staates betrifft. Aber in diesem Vorbehalt hat er sich ja das letzte Placet reservirt. Die Kirche ist durchaus nicht eine wehrlose Frau. Herr Windthorst hat neulich erst gesagt: Hinter uns stehen 200 Millionen Katholiken! Ist das eine wehrlose Macht? Wenn die Kirche eine Frau ist, so ist der Staat der Hausherr, dessen Ansehen respektirt werden muß. Wir halten die Kirche für zu bedeutungsvoll, als daß wir in eine Demokratisirung derselben, wie sie der Abg. Birchow wünscht, willigen sollten. Aber der Staat muß sein Gebiet streng festhalten; der Artikel 15 besagt ja nicht, daß Staat und Kirche gar nichts mit einander zu thun haben. Daß die Freiheit der Kirche nicht beschränkt werden soll, beweist der Umstand, daß gerade von der Regierung die Gesetzentwürfe eingebracht werden. Die Freiheit der Kirche soll nur mit der des Staates vereinbart werden, und dazu sind die Gesetze und die Verfassungsänderung notwendig.

Abg. v. Mischke-Collande (gegen): Den schweren Vorwurf, daß wir nicht mehr konservativ seien, gebe ich der Fraktion des Vorredners zurück. Nach unserer Anschauung muß in uns Erbmonarchie Grund und Boden mit gewissen Rechten verbunden sein. Als die Regierung diesen Grundsatz nicht mehr anerkannte, erkannten Sie ihn auch nicht mehr an, gingen also von Ihrem konservativen Prinzip ab. Ich wünsche, daß die Regierung und das Haus der katholischen Kirche nicht zu nahe treten möge. Der Minister bringt uns Gesetze ein; wir wählen eine Kommission sie zu beraten. Der Minister hat uns gesagt, daß manches darin gegen die Paragraphen der Verfassung verstoßen könne. Ich glaube, wir sind einig, daß vieles gegen die Verfassung verstößt. (Widerspruch links.) Die Kommission mußte erst die Gesetze durchberathen und dann eine etwa nöthig gewordene Aenderung vorschlagen; jetzt schlägt sie eine Aenderung vor ohne die Gesetze durchberathen zu haben. Sie hätte nun die wichtigsten Gründe dafür anführen müssen. Mit Friedrich Wilhelm IV. wünschte ich, daß sich kein Blatt Papier zwischen König und Volk schieben möge. Aber die Verfassung kam und wir haben sie beschworen. Es ist ein Artikel da, der ihre Abänderung zuläßt, aber von dem sollte man nur im äußersten Falle Gebrauch machen. Eine Nothwendigkeit ist nicht vorhanden, denn selbst der Herr Referent sagt, eine Aenderung sei nur wünschenswerth. Der Grund, weshalb Sie (links) so energisch zustimmen, ist der, daß Sie den Staat in dem sog. Kampfe gegen die katholische Kirche unterstützen wollen und zwar so rasch wie möglich. Ich will den Kampf nicht schildern, sondern nur erklären, daß wir bereit sind, das zu beweisen, was wir 1866 und 1870 bewiesen haben, die Treue gegen König und Vaterland. Friedrich der Große, welcher fragte: „Ich bin der erste Diener meines Staates“, stand mit den Bischöfen auf dem besten Fuße und machte keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen. Diesen Grundsatz haben auch seine Nachfolger befolgt und dadurch steht das Haus Hohenzollern so hoch und herrlich da. Ludwig XIV. dagegen welcher sagte: „l'état c'est moi“, vertrieb die evangelischen Landeskinder und die Bourbonen wurden gestürzt. Auch jetzt fragt man im Lande: „Mein Gott, was wird jetzt mit uns werden? Wir werden verfolgt und unterdrückt werden.“ Ich habe darauf geantwortet: tröstet euch nur, das wird nicht geschehen; denn alle, die ein warmes Herz für die Kirche haben, werden gemeinschaftliche Sache machen, um gegen den Unglauben anzukämpfen. (Heiterkeit links.) Wir wissen, daß wir einen weisen und gerechten König auf dem Thron haben, und seine Räte werden auch mit uns gehen, wenn sie erst zur Einsicht kommen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. v. Kardorff (für): Hr. v. Mallinckrodt nannte die für die Nothwendigkeit dieser Gesetze vorgebrachten Argumente „Phrasen.“ Das ist allerdings die bequemste Art, den Gegner abzufertigen. Wenn er in den Motiven es besonders als Phrase bezeichnet, daß dort gesagt wird, Erscheinungen in der katholischen Welt hätten diese Gesetze notwendig gemacht, so will ich es versuchen, die Nichtigkeit, den thatsächlichen Hintergrund dieses Satzes nachzuweisen. Hr. Glaser hat die Proklamirung des vatikanischen Dogmas als die einzige derartige Erscheinung bezeichnet. Eine verkehrtere Antwort giebt es nicht. Wäre dieses Dogma ohne gleichzeitige andere wichtige Erscheinungen ins Leben getreten, so würden wir in der evangelischen Welt vielleicht gesagt haben: Da wird einmal die tausendjährige Verfassung der katholischen Kirche des Episcopalsystems zu Gunsten des päpstlichen Absolutismus umgestoßen. Aber wir hätten abgewartet, ob die politischen Konsequenzen dieses Dogmas wirklich gezogen worden wären. Nun stand aber die Erscheinung des Dogmas nicht allein, ich erinnere nur an das Symptom der absoluten Abhängigkeit des niederen Klerus, welches nunmehr in Verbindung mit dem Infallibilitätsdogma die Abhängigkeit dieses Klerus von Rom ergab. Ein zweites Symptom ist das Anwachsen der Klosterkongregationen. Herr v. Mallinckrodt hat mir vorgeworfen, wenn ich von Klosterkongregationen hörte, geriet ich immer in eine nervöse Aufregung. Ich kann versichern, daß das unrichtig ist, ich erkenne die Klosterkongregationen bis zu einem gewissen Grade als zum Wesen der katholischen Kirche gehörig, vollständig an, und ich erkenne auch an, was von den Rednern des Zentrums hervorgehoben ist, daß wir nämlich in der evangelischen Kirche, wenn nicht mit so strengen Gelübden, so doch ähnliche Kongregationen ins Leben gerufen haben, die nach vielen Richtungen hin sehr segensreich wirkten. Aber est modus in rebus; die statistischen Zahlen über das Anwachsen

der Klosterkongregationen belehren uns darüber, daß wir auf dem besten Wege waren, in spanische Verhältnisse hineingegerathen, wo es bekanntlich in einem Jahre 9000 Mönchsklöster ungerichtet die Nonnenklöster gab. An diesen Verhältnissen ist Spanien mit zu Grunde gegangen, und wir konnten das Anwachsen der Klöster umsoweniger mit ruhigen Augen ansehen, als die Klostergeistlichen wiederum einen bestimmten Einfluß auf den niederen Klerus ausübten und weiter überall das Bestreben zeigten, den Jugendunterricht in ihre Hände zu bringen. Aber auch diese Erscheinung allein würde uns höchstens dahin geführt haben, irgend welche Schranken gegen dieses schnelle Anwachsen der Klosterkongregationen zu ziehen und nichts weiter. Nun kommt das dritte Symptom, das ist Ihr Erscheinen im Landtage und Reichstage, die Bildung einer politisch-kirchlichen Partei im Landtage und Reichstage, die von vornherein eine vollständig antinationale Richtung verfolgte. (Oho! im Centrum. Abg. Reichensperger (Dlpe), das ist eine Beleidigung!) Herr Reichensperger wird mir gestatten, daß ich jetzt das Wort habe und dies begründe. Der Abg. Windthorst sagte zwar: Wir sind auch national, wenn der Feind an den Grenzen steht, sind wir auch da. Und doch haben seine Freunde in Baiern, die sog. Patriotenpartei, bis in die jüngste Zeit ein Bündniß mit Frankreich befristet. National heißt doch die Summe derjenigen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die schlechte Einigung der deutschen Stämme zu bewirken. Reichensperger (Dlpe): Das ist national-liberal! Nein! das ist nicht national-liberal, sondern ein Standpunkt, der weit über die liberalen Parteien hinausgeht. (Reichensperger (Dlpe): Wir sind föderativ.)

Präsident: Ich muß bitten, den Redner nicht zu unterbrechen. Abg. v. Kardorff (fortfahrend): Sie können nicht bestreiten, daß sie dieser nationalen Politik der Einigung der deutschen Träume, der Politik Bismarck den heftigsten Widerstand geleistet haben. In diesem Sinne kann ich Ihre Politik antinational nennen. (Widerspruch im Centrum.) Soll man Ihnen glauben, so sind Sie so unschuldig, wie die neugeborenen Lämmer. Herr v. Mallinckrodt hat Ihre Verbindung mit Rom in Abreth gestellt, Sie werden auch Ihre Verbindung mit den Blättern Ihrer Farbe, die dies ausgesprochen, bestreiten. Das ist Alles Erfindung der bösen, freikonservativen Partei, der Grund Ihres Zornes gegen unsere Fraktion liegt einfach in der Thatsache, daß sich bei uns eine Anzahl Katholiken zusammengefunden hat — Rufe im Centrum: hat, hat! — ich sage: noch haben, welche entflohen sind, die nationale Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen. Das konnten Sie nicht vertragen, Sie wollten eine solche Unterstützung der nationalen Politik nicht haben, und deshalb erging an die Wahlkreise das Kommando, nur solche zu wählen, die von vornherein versprachen, in die Zentrumsfraktion zu treten. Der Abg. Reichensperger hat noch neulich behauptet: „Wir im Centrum repräsentiren ausschließlich die glaubenstreuen Katholiken im Lande.“ Der Vorredner gehört nicht zum Centrum, und ich nenne noch einen Namen und warte, ob Jemand die Stirn haben wird, die Glaubenstreue des Mannes anzuzweifeln, den Namen Künzer. Der Kanonikus Künzer hat sich von Ihrem agitatorischen Treiben widerwillig abgewandt, wie es ein in den Zeitungen veröffentlichter Brief ausspricht. Abg. Reichensperger (Dlpe): Wir lassen uns nicht Agitatoren nennen; sollen wir das sein, so protestiren wir dagegen! Hätte ich etwas Unparlamentarisches gesagt, so hätte mich der Herr Präsident zur Ordnung gerufen. Abg. Reichensperger (Dlpe): Dann beantrage ich, daß Sie zur Ordnung gerufen werden. Das ist das Recht des Herrn Abg. Reichensperger, den Ordnungsruf gegen mich zu beantragen. (Abg. Reichensperger: Das habe ich eben gethan.) Ich konstatire, daß wie der Kanonikus Künzer, so noch Hunderte von glaubenstreuen Priestern und Hunderttausende von glaubenstreuen Katholiken denken (Sehr wahr!). Sie (zum Centrum) führen mit ihrer großen Kunst der Dialektik, mit vielen scheinbar sehr glänzenden Gründen den Nachweis, daß Sie und nicht wir die nationale Politik vertreten, aber die große Mehrheit der deutschen Nation giebt Ihnen dies Anerkennung nicht. Nur diejenigen treiben nationale Politik, die den Standpunkt der Männer festhalten, welche Deutschland in der großen Zeit der Befreiungskriege lieb und werth gewonnen hat. Männern, wie dem Freiherrn vom Stein, dem Marschall Blücher preßte der Schmerz darüber, daß Deutschland durch die Hände der Bureaucratie und der Kleinstaaterei die Frucht seiner Siege betrogen sei, manches bittere Wort aus; heute haben wir das Bild gehabt, den Fürsten Bismarck unsere Politik leiten zu sehen, und die deutschen Fürsten schlossen sich ihr meist hochherzig an. Sollen wir nun ruhig zusehen, wie sich eine Macht herbenzieht, die die deutsche Einheit aufs äußerste gefährdet, daß eine Politik inaugurirt werde, die uns in die alte Kleinstaaterei, in die alte Mißere des Bundestages zurückführen würde? (Sehr gut! links, Widerspruch im Centrum.) Ich gebe hier auf die Frage nicht ein, ob die vorgelegten Gesetze das Maß der Inspektion der kirchlichen Freiheiten überschreiten oder nicht. Nur eins erwähne ich. Welche Absichten hat man nicht der Regierung und der Majorität dieses Hauses untergeschoben! Eine Nationalkirche nach russischem Muster? (Abg. Windthorst (Meynen): „Sie und Bismarck“, Unruhe, Heiterkeit.) Von Begünstigungen der Altkatholiken hat die Regierung sich fern gehalten. Was aber die Freimaurerverbündnisse betrifft, so zeigt die Beobachtung der letzten Jahrzehnte, daß die Freimaurer an den politischen Bewegungen keinen Antheil gehabt haben. Was die sozial-demokratische Tendenzen angeht, so mache ich die Herren, die davon gesprochen haben, auf das ober-schlesische Blatt „Katholik“ aufmerksam, wo der ober-schlesische und polnische Arbeiter gegen Deutsche und Altkatholiken aufgebracht wird. Hätten die Herren diese Blätter gelesen, so würden sie sich vor ihren Anschuldigungen gehütet haben. Sie sprechen von grausamen Verfolgungen. Abgeordneter Windthorst hat uns erzählt, der Kaiser Nero habe sein Pferd anbeten lassen und dergleichen. Ich freue mich aller dieser Uebertreibungen, weil sie ein Zeichen der Schwäche sind. Wenn wir von grausamen Verfolgungen hören, so können wir nur an die Verfolgungen denken, die die jetzt in Rom herrschende Partei in Spanien und den Niederlanden ins Leben gerufen hat. Wir wissen sehr gut, heute würden Sie nicht mehr die Keßer auf dem Scheiterhaufen verbrennen. (Unruhe, Widerspruch, Ruf: Auch heute noch!) Aber das werden Sie uns nicht einreden wollen, daß Sie eine Maßregel wie die Ausweisung der Jesuiten nicht ohne einen Skrupel treffen würden, wenn Sie in einem Lande die Herrschaft hätten und diese so bedroht fühlten, wie wir sie durch die Jesuiten bedroht fühlen. Ich komme auf die evangelische Kirche, der Abg. v. Gerlach hat uns erklärt, die Annahme der Verfassungsänderung würde die Biederung der Kirche inauguirten, die Kirche würde im Nationalismus erkaufte und verbrannt im Fanatismus. Und wodurch wird das bewiesen? damit, daß wir mit solchen über diese Veränderung übereinstimmen, die auf anderem religiös-kirchlichen Boden stehen wie wir. Sie haben uns wiederholt auf Birchow hingewiesen, auf David Strauß und Andere; ich könnte Sie ebenso gut auf den Abg. Dunder hinweisen, der mit Ihnen auch nicht dieselbe kirchliche Anschauung haben wird. Es ist hier so oft die Rede davon gewesen, daß für die katholische Kirche mit der Einführung des Artikels 15 eigentlich ein neuer Rechtszustand gar nicht geschaffen wurde. W. H.! Diese Behauptung befreite ich durchaus. Allerdings hat der Staat in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. der katholischen Kirche gegenüber zahlreiche Rechte nicht wahrgenommen, die er besaß; daß diese Rechte aber darum für obsolet und verjährt zu erklären seien, daß erklärt werden könne, die Verfassung enthalte nichts neues, sondern bestätige nur den alten Zustand, das ist eine Behauptung, der ich widerspreche. Namentlich für die evangelische Kirche schuf sie einen neuen Rechtszustand. Der Landesherren war bisher souverän im Staat und in der Kirche; jetzt wurde er auf einmal im Lande verfassungsmäßiger Monarch, in der

Kirche blieb er souverän. Dadurch entstand eine vollständige Verschiebung der Gewalten. Die Konsequenzen drängen uns in diese Wirren. Mit dem Worte „Selbständigkeit“ geht es gerade, wie mit dem Worte „Selbstverwaltung“. Jeder denkt sich etwas Anderes darunter. Der Eine betrachtet es als Herrschaft der Kirche über den Staat, der Andere als Auslösung der Kirche in die Einzelgemeinde; der Dritte als Herrschaft der Geistlichkeit. Mit der Zeit werden wir uns darüber einigen. Wir haben vielfach Prophezeiungen gehört, welche unheilvolle Folgen die neuesten Gesetze haben werden; sie sollten zur rothen Republik oder zum Absolutismus führen, zur Herrschaft des Unglaubens oder einer bürocratischen Einschränkung der Kirche. Prophezeien ist wohlfeil. Ganz dasselbe wurde bei allen früheren großen Aktionen vorhergesagt. Nichts von alledem ist eingetroffen. Die Herren wollen nur die Regierung diskreditiren. Aber das Land wird zum Fürsten Bismarck und Grafen Noth das Vertrauen haben, daß sie das kirchliche Leben nicht gefährden werden oder wollen. Bisher hat die Regierung die Gestattung und das kirchliche Leben geschützt, sie wird es auch ferner thun und damit die Verdächtigungen vernichten, welche gegen sie erhoben sind. Ich bitte Sie, Ihr Votum von der zweiten Lesung heute zu wiederholen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich danke dem Hause, daß es mich noch in dieser späten Stunde zum Worte gefaßt hat, wohl von dem richtigen Gefühl geleitet, daß es nach der eben gehörten Rede nicht mehr denn billig ist, einem Mitgliede des Zentrums noch eine Erwiderung zu gestatten. Wir sind ja ohnehin in der ungünstigen Situation, daß über eine Verfassungsänderung, die auf's Tiefste in die Organisation, die Disziplinargewalt und selbst in die Glaubenslehre der katholischen Kirche eingreift, ein Areopag entscheiden soll, dessen Mehrheit diese Kirche nicht kennt und durch Erziehung und Anschauung ihr abgeneigt ist. Herr v. Kardorff hat dem Centrum agitatorische, antinationale Bestrebungen vorgeworfen und sich dabei auf die bairische Patriotenpartei und einige extreme Blätter berufen. Ich weise diesen Vorwurf als eine Verleumdung zurück (Große Unruhe; Rufe: zur Ordnung!); die Beweise des Gegentheils liegen vor.

Vizepräsident v. Köller: Der Ausdruck: Verleumdung ist parlamentarisch nicht erlaubt; ich rufe den Redner zur Ordnung. (Abg. Reichensperger-Dlpe: die Verleumdung selbst aber ist erlaubt!) Abg. v. Schorlemer-Alst: Herr von Kardorff hat weiter gesagt. Die kirchlichen Gesetze seien nothwendig wegen unserer Stärke und kurz darauf, die Uebertreibungen unserer Sprache seien insofern tröstlich, als sie unsere Schwäche dokumentiren (Heiterkeit). Ich weiß wirklich nicht, wie es in seinem Kopfe aussehen muß und überlasse ihn seinen Zuständen. Auch auf die neugeborenen Lämmer will ich nicht eingehen und konstatire nur, daß es ihm diesmal nicht gelungen ist, den „Strom der Geschichte an der Stirnseite zu fassen“ oder das „Blut zu pflücken, ehe der Sturm es entblättert“ (Heiterkeit). Wenn Herr v. Brauchitsch dann sagte, daß diese Gesetze keine Partei zwingen, eine ihr werthe Allianz aufzugeben, so möchte ich konstatiren, daß wir von einer solchen Allianz nichts wissen; wir mögen wohl, weil unsere sachlichen Ueberzeugungen dieselben waren, zuweilen mit der konservativen Partei gestimmt haben, aber mit ihr verbündet sind wir nicht gewesen und deshalb auch nicht in der Lage, heute den Verlust politisch unsicherer Heerespflichtiger beklagen zu müssen (Heiterkeit). Was die Verfassungsänderungen selbst betrifft, so bringt sie nicht, wie der Referent sagte, Klarheit in ein unklares Verhältniß, sondern umgekehrt, Unklarheit in ein klares; der Zusatz zu Art. 15 hebt entweder den ersten Theil auf oder er bedeutet selbst nichts. Die Artikel 15 und 18 waren bisher das Palladium der religiösen Freiheit; die Zusätze sind die Firma, unter welcher sich die Staatsomnipotenz in die Verfassung einschleibt. Man hat gesagt: die Männer, welche die Verfassung machten, hätten in politischen Rücksichten gehandelt; ich meine, daß diejenigen, welche sich jetzt ändern wollen, türkische Pantoffeln tragen, deren Abgag die Ministerwillkür ist. Der Kultusminister sagt zwar, die kirchlichen Gesetze bedeuteten: hinaus mit der Willkür! Nein, sie rufen vielmehr mit lauter Stimme: hinein mit der Willkür! Sie machen die Kirche zu dienendem Magd des omnipotenten Staats. (Sehr richtig! im Centrum.) Man wirkt uns wieder und immer wieder Staatsfeindlichkeit vor, und wenn wir nach Thatsachen fragen, was ist die Antwort? Phrasen und Schlagwörter. Herr Petri hat neulich viel zu viel bewiesen, denn wenn alles Das wahr wäre, was er gesagt hat, so müßten Sie konsequenterweise beschließen: die katholische Kirche ist aufgehoben. Er hat uns auch den heiligen Vater Arbues und die Inquisition vorgeführt; schade, daß er nicht zugleich das Kaubachische Bild aufstellte, um die richtige Gesehnheit hervorzu- bringen. Die Unwahrheit dieses Bildes und der Beschuldigungen gegen Arbues ist nun so klar erwiesen, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche (Oho! Heiterkeit); aber ist das von Ihnen konsequent, in dem Moment, in dem Sie die Inquisition herbeirufen, sich für einen Gerichtshof zu begeistern, der nichts sein wird, als die Staatsinquisition gegen die katholische Kirche. Ruf: Sehr gut! im Centrum.) Ich brauche nicht zu sagen, wer Großinquisitor sein wird. Eine verfassungsmäßige Opposition ist etwas anderes, als Staatsfeindlichkeit und die Herren von der Linken sollten das am besten wissen. Ich erinnere daran, daß am 18. Juni 1864 die Stadtverordneten von Berlin beschloffen, keine Adressen und Deputationen mehr an Se. Majestät zu schicken und an die Beschlüsse selbst dann festhalten, als gerade in dieser Zeit der Tod des Prinzen Friedrich eintrat. Wenn die Katholiken Aehnliches thäten, sie würden als Hochverräther gebrandmarkt werden. Wirkliche Staatsfeindlichkeit ist auch gerichtlich verfolg- und strafbar und an der Strenge unserer Gerichte wird wohl Niemand Zweifel hegen. Ich erinnere an einen katholischen Geistlichen, welcher von der Kanzel gegen konfessionslose Schulen predigte und deshalb gerichtlich angeklagt wurde. In erster Instanz wurde er freigesprochen; in zweiter erkannte das Gericht zwar auch an, daß die Worte an und für sich nichts Strafbares enthielten, aber es meinte, wenn ein gebildeter Mann, wie der Angeklagte, sie gebrauchte, so müßte er sich nothwendig etwas Angehöriges dabei gedacht haben und verurtheilte ihn zu 4 Wochen Gefängniß. Mehr Strenge der Gerichte gegen staatsfeindliche Gesinnung wird wohl Niemand verlangen. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung an die Adresse des Herrn Birchow zu machen. Bei der ersten Lesung der kirchlichen Gesetze sprach er von der Erziehung in den katholischen Knabenkonvikten und beschuldigte die Leiter derselben, daß sie sich häufig unsittlicher Handlungen mit ihren Zöglingen schuldig machten. Auf unsern Einwurf, uns Beweise aus Preußen — denn um Preußen handelt es sich bei diesen Gesetzen doch nur — zu geben, vermochte er das nicht, und versprach sie uns für die Zukunft. Bei der zweiten Lesung brachte er einen einzigen Fall, welcher den Dominikanerpater Gordanus Crusemann in Düsseldorf betraf, vor. Abgesehen davon, daß dieser Fall in keiner Weise erwiesen und gar nicht einmal zur gerichtlichen Kognition gekommen ist, stehen nun aber die Knabenkonvikte mit den Dominikanern nicht in der geringsten Beziehung und die Thatsache ist unbestreitbar, daß Herr Birchow ohne den geringsten thatsächlichen Anhalt den allerwerthesten Vorwurf und die härteste Grenzstrafe gegen die Konvikte geschleudert hat. Ich konstatire dies vor dem Hause und dem Lande. Ich erwarte von der Ehrenhaftigkeit des Abgeordneten, daß er durch eine offene Erklärung die Ehre der Beschuldigten wieder herstellt; leider habe ich keinen Anlaß, ein Gleiches von der liberalen Presse zu erwarten (Lärm.*). Der Kultusminister hofft von den kirchlichen Gesetzen einen dauerhaften Frieden; er täuscht sich gewaltig. Der Klostersturm war der erste Anlaß zur Bildung der Zentrumsfraktion; man hat erst die Unruhe präparirt und auf Grund ihrer unausbleiblichen Folgen präparirt man die Gesetzegebung (Unruhe). Der Staat legt auf die Kirche das Interdikt und wenn es so fortgeht, sind wir bald bei den Dragonaden angelangt (Gelächter). Vor Einem freilich sind Sie sicher: die Katholiken werden niemals Revolution machen; daran hindert sie ihre Loyalität und ihr Gewissen. Herr v. Bennigsen hat neulich zwar das Gegentheil behauptet, aber es ist nicht wahr trotz seiner Beweise, die so schlagend waren, daß sie

* Die Verlogenheit und Deutungskunst der ultramontanen Presse scheint dem Herrn Redner diese niederträchtige Meinung von den liberalen Zeitungen beigebracht zu haben. (Red. d. „Pos. Bg.“)

Eisenbahnunglück. Der Frühzug, der Theiß-Eisenbahn, welcher am 14. Januar von Raichau abging, überfuhr in der Nähe von Sidas-Nemethy bei Szurdok einen mit Petroleum beladenen Frachtwagen...

Berlin, 2. Febr. Leider ist wieder ein schweres Verbrechen zu registriren, das am hellen Tage, in der Mittagsstunde sogar, an einem 75 Jahre alten Manne verübt worden ist...

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalesciere Du Barry von London.“ Allen Leidenden Gesundheit durch die bewährte Revalesciere du Barry welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt...

Certificat Nr. 48.421. Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört, ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genus der Revalesciere befreit.

Konkurs-Eröffnung. Königl. Kreisgericht zu Posen, I. Abtheilung, den 2. Februar 1873, Vormitt. 10 Uhr.

auf den 17. Februar c., Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar des Konkurses in Gerichtszimmer Nr. XI.

am Montag, den 10. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Gerichtshaus zu Glogówko.

am Donnerstag, den 13. Februar d. J., Vormitt. von 8 Uhr ab, in dem Forsthaus zu Blaziejewo.

am Montag, den 17. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Forsthaus zu Siedlec am Rödener Wege.

Gutskauf- und Pacht-Gesuche. Für Güter jeder Gr. mit guten Verhältnissen habe ich Käufer und Pächter...

Bekanntmachung. Im Monat Februar c. liefern nachbenannte Bäcker das Roggenbrot...

am Montag, den 10. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Gerichtshaus zu Glogówko.

am Donnerstag, den 13. Februar d. J., Vormitt. von 8 Uhr ab, in dem Forsthaus zu Blaziejewo.

am Montag, den 17. Februar d. J., Vormittags von 8 Uhr ab, in dem Forsthaus zu Siedlec am Rödener Wege.

Eine Gartenpachtung. Auf drei resp. 6 oder 10 Jahren in einer Kreisstadt im Herzogthum Posen vor etwa 7000 Einwohner...

Für den Bau der neuen Evangelischen Kirche in Schroda sollen sobald als möglich etwa 150,000 gute Ziegeln...

Die Repräsentanten der Evangelischen Kirchen-Gemeinde Schroda. Die Lehrerstelle an der hiesigen evangelischen Schule...

Der evangel. Schul-Vorstand. Am 19. laufenden Monats findet in Czerniejewo, im Lokal des Herrn Pieranski eine Holz-Lizitation statt.

landtäfliches Gut in Mittelgalizien zu verkaufen. Ausmaß ca. 800 Joch, zur Hälfte Felder, Wiesen und Gärten...

Carl Benemann, Civil-Ingenieur, Posen, Halldorfstraße 13. Gebraucht und noch in brauchbarem Zustande befindlich: Dampfessel, Maschinen und Locomobilen.

Die Perle aller Biere.

Die Engländer haben schon seit Jahren mit ihrem Porterbier Deutschland überschwemmt und damit den Beweis geliefert, daß ein Bier, wenn es nur stark und schwer ist...

So sehen wir also die Engländer mit ihren Porterbieren in einem Moment nicht nur auf unserem Kontinente, sondern fast in allen Theilen der Erde durch das Johann Hoff'sche deutsche Porterbier...

Circus Salamoński auf dem Kanonenplatz. Donnerstag, den 6. Februar 1873, Abends 7 1/2 Uhr, Große Vorstellung.

Wollschaf 95 Borderhaas und Seitengebäude zum Abbruch am 1. April schon jetzt zu verkaufen.

Elegante Lederwaren in größter Auswahl empfiehlt zu Spottpreisen. S. Knopf, Schloßstr. 4.

Dr. Linck's Pepsin-Pastillen die Schachtel 10 Sgr. Dr. Marquart's Pepsin-Essenz per Flasche 15 Sgr.

Jeder Kranke findet Rath u. Hilfe durch das seit langer Zeit und überall auf das Ruhmlichste bekannte Buch Dr. Werner's Wegweiser für alle Kranke.

Verantwortlicher Redakteur Hr. J. W. Bainer in Posen.

Prospectus.

Subscription

auf

Thlr. 3,400,000 4½procentiger unkündbarer Pfandbriefe,

rückzahlbar mit 110 Thlr. für je 100 Thlr. Nominal,

emittirt von der

Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank

auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 13. März 1872.

Laut des Allerhöchsten Privilegii vom 13. März 1872 und des durch dasselbe genehmigten Statuts ist die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank ermächtigt.

auf Grund bereits erworbener unkündbarer Hypotheken unkündbare Pfandbriefe auszugeben.

Die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank ist mit einem Grundcapital von 2½ Millionen Thaler errichtet und ist dasselbe voll und baar eingezahlt.

Ihre Thätigkeit ist auf Grundbeleihungen und Anlage disponibler Capitalien nach den Grundsätzen der Preussischen Bank eingeschränkt. Spekulationsgeschäfte zu betreiben ist ausdrücklich untersagt.

Die Beleihung der Grundstücke erfolgt nach Grundsätzen, die von der Regierung im Anschluss an landschaftliche Taxen oder an die Grund- und Gebäudesteuer normirt und von ihr selbst neuerdings für die Anlage von Sparkassencapitalien als maassgebend bezeichnet worden sind.

Fabriken und solche Etablissements, die einen dauernd sichern Ertrag nicht gewähren, werden von der Beleihung prinzipgemäss ausgeschlossen.

Die auszugebenden 4½procentigen Pfandbriefe sind seitens des Inhabers unkündbar und werden in Stücken zu 50, 100, 200, 500 und 1000 Thlr. ausgefertigt

Die Bank ist zur Tilgung im Nennwerth und ausserdem zu einem Zuschlag von 10 pCt. des Nominalbetrages im Wege der Verloosung verpflichtet, so dass ein Pfandbrief

von	50 Thlrn.	mit	55 Thlrn.	
„	100	„	110	„
„	200	„	220	„
„	500	„	550	„
„	1000	„	1100	„

eingelöst wird. Zu diesem Behufe wird ausser dem gedachten Zuschlage jährlich mindestens ½ pCt. des Nominalbetrages der Pfandbriefe nebst den Zinsen, welche für den bereits amortisirten Betrag der für die Pfandbriefe haftenden Hypotheken-Darlehen erwachsen sind, und den etwaigen zur Verstärkung des Amortisationsfonds gezahlten Beträgen verwendet.

Im Monat Juni jeden Jahres und zwar zuerst im Juni 1874 geschieht die Ausloosung der zu tilgenden Beträge. Das Ergebniss wird durch die Gesellschaftsblätter veröffentlicht.

Die erste Rückzahlung erfolgt am 2. Januar 1875.

Die Zahlung der Zinsen findet in halbjährigen Terminen am 2. Januar und 1 Juli jedes Jahres statt bei:

der Kasse der **Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank,**
dem Bankhause **Jacob Landau** in **Berlin,**
der **Norddeutschen Bank** zu **Hamburg**

und den noch bekannt zu machenden Stellen.

Unter nachstehenden Bedingungen werden 3,400,000 Thlr. unkündbare 4½procentige Pfandbriefe zur öffentlichen Subscription aufgelegt.

Subscriptions - Bedingungen.

1. Die Subscription findet statt:

am 4., 5. und 6. Februar 1873

während der üblichen Geschäftsstunden:

in **Breslau** bei der **Schlesischen Boden-Credit-Actien-Bank** (Herrenstr. 26),

„ dem **Schlesischen Bank-Verein** und dessen **Commanditen** in **Glogau, Benthen O. S.,**
Reichenbach i. S., Görlitz, Neisse, Glatz und Leobschütz,

„ der **Breslauer Disconto-Bank, Friedenthal & Co.** und deren **Filialen** in
Cosel, Oppeln, Striegau, Hirschberg, Görlitz und Glatz,

„ der **Breslauer Wechsler-Bank** und deren **Filialen** in **Gleiwitz, Liegnitz, Schweid-**
nitz, Bunzlau, Ostrowo, Frankenstein, Görlitz und Münsterberg i. L.,

„ **Eichborn & Co.,**

„ **Gebr. Guttentag,**

„ **E. Heimann,**

„ **Jacob Landau,**

in Breslau bei S. L. Landsberger,
 „ Marcus Nelken & Sohn,
 „ Oppenheim & Schweitzer,
 in Berlin bei Jacob Landau,
 „ dem Berliner Bankverein,

in Posen bei der Ostdeutschen Bank,

„ **Bninski, Chłapowski, Plater & Co.,**

in Cöln bei Sal. Oppenheim jun. & Co.,
 in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
 in Hamburg bei der Norddeutschen Bank,
 in Dresden bei Gebi. Guttentag,
 „ S. Mattersdorf,
 in Leipzig bei Becker & Co.,
 in Bremen bei J. Schultze & Wolde.

2. Die Subscription wird am **6. Februar c., Abends 6 Uhr** geschlossen und tritt im Falle der Ueberzeichnung verhältnissmäßige Reduction ein.

3. Der Subscriptionspreis ist auf **97 pCt.** festgesetzt.

Die abzunehmenden Stücke sind mit Zinscoupons vom 1. Januar 1873 versehen und sind daher die Stückzinsen bis zum Abnahmetage mit $4\frac{1}{2}$ pCt. zu vergüten.

4. Bei der Subscription ist eine Caution von 10 pCt. des Nominalbetrages in baar oder in solchen von der Subscriptionsstelle für zulässig erachteten Effecten zu hinterlegen. Nach vollständiger Abnahme wird dieselbe zurückgegeben resp. verrechnet.

5. Die Abnahme der zugetheilten Stücke hat in nachstehender Art gegen Zahlung der Valuta stattzufinden und zwar;

- a) ein Drittel bis 20. Februar cr.
- b) ein Drittel bis 15. März cr.
- c) ein Drittel bis 15. April cr.

Beträge unter 3000 Thlr. müssen bis zum **20. Februar cr.** gegen Baarzahlung abgenommen werden. Die Abnahme der zugetheilten Stücke kann unter Vergütung der Stückzinsen bis zum Tage der Valutzahlung, auch schon nach erfolgter Repartition erfolgen.

Im Falle der Nichtabnahme verfällt die hinterlegte Caution.

BRESLAU, im Januar 1873.

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank.

Barretzki. Milch. Landsberg.

Sämereien,
 Saatgetreide und Dungstoffe jeder Art
 empfiehlt billigt

Ostdeutsche Producten-Bank.

Lyoner Seidenstoffe, schwarz und farbig, echte
 Sammete und türkische Ghales größter Auswahl
 zu Original-Fabrikpreisen empfiehlt

Lyon, Paris, **Maison Lyonnaise,** Zürich, Berlin,

Vertreter: **S. Kamiński.**
 Posen, Hôtel du Nord, Beletage.
 Proben nach Außerhalb franco.

Dem Herrn **D. Lask** in Posen haben wir den
 alleinigen Verkauf unserer Dampfmehl-Fabrikate für Posen
 und Umgegend, verbunden mit einem Commissions-Lager,
 aus welchem auch Detail-Verkäufe stattfinden, übertragen.
 Derselbe ist in den Stand gesetzt, unsere Mehlfabrikate zu
 Fabrikpreisen abzugeben. Das Verkaufslocal befindet sich
 St. Martin- und Große Ritterstrassen-Ecke 67.

**Die Ilgnersche Dampfmühle
 bei Frankstadt.**
 St. von Keszycki.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfehle ich
 die Niederlage, die gleichzeitig mit einer Vorkosthandlung ver-
 bunden ist, dem geehrten Publikum zur gefälligen Beachtung.
 Jedes Quantum Mehl wird frei ins Haus geschickt.

D. Lask,

St. Martin- u. Gr. Ritterstr.-Ecke 67.

Transito-Rochsalz
 hat auf Lager

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Für die Herren
Brennereibesitzer.

Da Unterzeichnetem das Patent des
 vollfreundlichen Dampf, Maisch und
 Verguderungs-Apparat nach der ver-
 besserten Konstruktion zu bauen über-
 tragen worden ist, so empfehle diesel-
 ben, sowie meine neue Destillir-Appa-
 rate ohne Beden, auch werden neue
 Einrichtungen und Umänderungen über-
 nommen, von

W. Reimann
 Frankfurt a. D.

Ausverkauf.

In Ranower Walde, eine halbe
 Meile von der Rogasen-Bogrowitzer
 Spaussee entfernt, werden
 1 1/2" und 1" Bretter, so wie
 2 und 3" Bohlen bei Entnahme von
 höheren Posten, mindestens ein Schock,
 zu herabgesetzten Preisen bei dem dor-
 tigen Förster verkauft.

M. Kirschner.
 in Rogasen.

Borzügliche Stückfohle

von der Karolinengrube, ab Karolinen-
 grube, sowie besten **Coalminer Bau-**
kalt versendet in Wagonladungen
 prompt nach jeder beliebigen Station
 zu den billigsten Preisen.

S. Sternberg.
 Spiritiosn. Kohlen- u. Kalt Geschäft
 in Rawicz.



25 Stück junge kräftige
Zug-Ochsen

gehen zum sofortigen Verkauf.
 Näheres zu erfahren bei
A. Cichowicz, Posen.

2 Doppel-Pony-Scheden,
 braun u. weiß sind nebst Wagen und
 Beschlägen sofort zu verkaufen. Wo? zu
 erfragen Hülferel 28a.

Estremadura Baumwolle so-
 wie sämtliche Kurz- und Wickwa-
 ren zu den **billigsten Preisen**
 Eine Parthe **Pique** und **Walis** ist
 billig abzugeben.

Wilhelm Reuländer.
 Markt 60 Ecke Breslauerstr.

Monats-Uebersicht

vom 31. Januar 1873

— gemäss Art. 34 alin. 2 des Statuts. —

- a) Erworbene unkündbare hypo-
 thekarische und Renten-For-
 derungen Thlr. 19,164,327. 8. 1.
- b) Erworbene kündbare hypothe-
 karische Forderungen Thlr. 910,000. — —
- c) Ausgegebene unkündbare
 Pfandbriefe Thlr. 17,820,000. — —
- d) Ausgegebene kündbare Pfand-
 briefe Thlr. 315,000. — —

Gotha, 31. Januar 1873.

Deutsche Grundcredit-Bank.

v. Holtzendorf. Landsky. R. Frieboes.

Zur Entgegennahme von Anträgen ist bereit die
General-Agentur für die Provinz Posen
Ed. Kaatz.

Gicht und Rheumatismen

sind heilbar. Das bewährteste, wahr-
 schinlich einzige Mittel hierfür ist die
Gichtwatte von Dr. Pattison,
 vorzüglich anwendbar bei rheumatischer Gicht,
 Brust-, Hals- und Zahnschmerzen,
 Kopf-, Hals- und Kniegicht, Gliederreizen,
 Rücken- und Lendenweh u. s. w. — Ganze Packete zu 8 Sgr. und halbe zu 5 Sgr. bei
Amalie Wulke, Wasserstr. 8/9.

Vieh-Auktion.

Auf dem Gutshofe zu
Zakrzewo bei Jarocin sol-
 len am **4. März c.,** von
 Vormittags 9 Uhr ab
44 Stück

junge, sehr brauchbare Zug-
 Ochsen meistbietend gegen
 gleich baare Bezahlung ver-
 kauft werden.

Das **Dominium.**

Cotillon-Orden

in reichhaltigster Auswahl
 empfiehlt

S. Sobeski.

Zuchtvieh = Auktion

zu **Milwken**
 bei **Neuenburg. Westpr.**
 Den 13. März c. von 11 Uhr an.
 Zum Verkauf kommen 13 Bullen,
 11 Ferkel, (Amsterdamer Race) 50
 Schweine Programme vom 20. Fe-
 bruar auf Verlangen. Wagen stehen
 Bahnhof **Czerwin** bereit.

Fournior.

**Masken-Garderobe-
 Ausstellung.**

Vom 10. d. M. ab wurde ich in
 Posen eine bedeutende Auswahl von
 e ganzen Masken-Anzügen zum Ver-
 kaufen ausgestellt haben.
 Das Nähere die Anschlagzettel.
 Eleganz. **J. Czeleński.**

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 6. Februar. Begtes
 Schauspiel von

Marie Monbelli
 in Oper und der Ullman'schen Kon-
 zert-Gesellschaft

Anna Regan,
 Fräul. v. Soggraff
 (Pianistin aus St. Petersburg),
Camillo Sivori und **Jul. de
 Swert.**

Der Barbier von Sevilla.
 Komische Oper in 2 Akten.
 Musik von Rossini.

Rosina Marie Monbelli,
 Anlagen, gefungen v. Marie Monbelli.
 In der Musikleitung. Spanische Vieder.
 Am Schluß der Oper **Rosina-Walzer.**
 Am Anfang der Vorstellung:

Konzert.
 Anna Regan, Fr. v. Soggraff, Camillo
 Sivori, Jules de Swert.

Programm:

1. Ouverture.
 2. Fantasie Servais.
 Jules de Swert.

3. Frühlingstraum: Das Wandern
 Schubert.

Anna Regan.

4. Konzert Es-dur Bizet.
 Fr. v. Soggraff.

5. Fantasie Sivori.
 Camillo Sivori.

Konzert-Blügel v. Julius Blüthner.
 Zur Nachricht.

Damit die Dauer der Vorstellung
 nicht die gewöhnliche Länge überschreite,
 beginnt die Oper mit Rosinas Eingangs-
 Arie.

Kapellmeister Herr R. Wegdorff.

**Riempeitschen
 und Hosenträger**

und Reis auf Lager und billig zu be-
 kommen in der

Lederwaarenfabrik

von
E. Contentius.
 Poln.-Lissa.

